

Gesetzliche Krankenversicherung | 24.04.2025 | Lesezeit 2 Min.

Die Beitragslast für Versicherte steigt

Die Zusatzbeiträge für die gesetzlichen Krankenkassen sind 2025 noch stärker gestiegen als erwartet. Die hohen Abgaben belasten zunehmend die Wachstumsperspektiven der Wirtschaft.

Jeden Herbst kalkulieren Experten im Bundesamt für Soziale Sicherung aufs Neue den Finanzbedarf für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV). Im Oktober 2024 kamen sie zu dem Schluss: Um die Kosten im Jahr 2025 zu decken, braucht es neben dem gesetzlichen Beitragssatz von 14,6 Prozent einen durchschnittlichen Zusatzbeitrag von 2,5 Prozent.

Diesen legt jede der 94 gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland individuell fest. Allein unter den Krankenkassen mit mehr als einer Million Versicherten schwankt er aktuell zwischen 2,45 und 4,4 Prozent. Berücksichtigt man die Mitgliederzahlen der einzelnen Kassen, dann ergibt sich ein höheres Mittel als in der Expertenschätzung (Grafik):

Im Durchschnitt lag der tatsächlich gezahlte Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung im März 2025 bei 2,9 Prozent.

Krankenkassen: Zusatzbeitrag steigt deutlich

So viel Prozent betrug der durchschnittliche Zusatzbeitrag zur Krankenversicherung für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Deutschland



2019

2020

2021

2022

2023

2024

2025

0,9

1,1

1,3

1,3

1,6

1,7

2,9

2019 bis 2024: Daten des GKV-Schätzerkreises

2025: IW-Berechnungen aufgrund der bis Ende März verfügbaren Daten

Quellen: GKV-Spitzenverband, Techniker Krankenkasse, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Die sprunghafte Erhöhung um 1,2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr hat einen Hauptgrund: In den vergangenen beiden Jahren mussten die Kassen ihre Finanzreserven abschmelzen, um die Beiträge stabil zu halten. Diese Reserven sind nun fast vollständig aufgebraucht.

Es ist entscheidend, jetzt gegenzusteuern und die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung zu senken.

Damit trägt die GKV maßgeblich dazu bei, dass die gesamten Abgaben für die Sozialversicherungen im Schnitt auf 42,3 Prozent des Bruttoeinkommens gestiegen sind. Das IGES-Institut prognostiziert, dass der Anteil bis 2029 auf 45,7 Prozent und bis 2035 sogar auf 48,8 Prozent steigen wird. Gesamtwirtschaftlich würde das laut Modellberechnung zu geringeren privaten Investitionen, einer schwächeren Inlandsnachfrage und einem geringeren Wirtschaftswachstum in den kommenden zehn Jahren führen.

In der Folge droht eine Negativspirale: Wachsen die beitragspflichtigen Einkommen deshalb langsamer als die Ausgaben in der GKV, müssen die Beitragssätze angehoben

werden, was wiederum auf die wirtschaftlichen Wachstumsperspektiven drückt.

Versicherte in die Verantwortung nehmen

Deshalb ist es entscheidend, jetzt gegenzusteuern und die Ausgaben der GKV zu senken. Ein erster Schritt wäre, den Leistungskatalog der Krankenkassen kritisch zu hinterfragen und sich auf die Kernleistungen zu fokussieren. Die Versicherten mehr in die Verantwortung zu nehmen, ist ebenfalls wichtig. So wäre ein zusätzlicher Betrag sinnvoll, der fällig wird, wenn jemand an der freien Arztwahl festhalten möchte. Sparen können Versicherte dann, wenn sie sich zum Beispiel freiwillig auf ein Modell beschränken, in dem die Kasse den Zugang zu Haus- und Fachärzten managt. Dafür braucht es mehr Wettbewerb zwischen den Kassen und zwischen den medizinischen Versorgern. Nur so lassen sich Fehlanreize und Ineffizienzen abbauen.



Kernaussagen in Kürze:

- Im Durchschnitt lag der tatsächlich gezahlte Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland im März 2025 bei 2,9 Prozent.
- Die GKV trägt damit maßgeblich dazu bei, dass die Sozialabgaben steigen. Das belastet die wirtschaftlichen Perspektiven Deutschlands.
- Die Ausgaben der GKV müssen dringend sinken. Den Leistungskatalog anzupassen und mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen und zwischen den medizinischen Versorgern zu schaffen, wären Schritte in diese Richtung.